Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0446/2017
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	04.10.2017	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Sportstättenfinanzierung bei Sanierung von Sportplätzen im Trägermodell

Beschlussvorschlag:

Die Stadt zahlt, abhängig von der Nutzungsdauer, bei der notwendigen Gesamtsanierung eines Kunstrasensportplatzes im Trägermodell einen prozentualen Zuschuss an die jeweiligen Sportvereine gemäß der in der Vorlage beschriebenen Staffelung.

Sachdarstellung / Begründung:

Nach Art. 18 Abs. 3 Landesverfassung NRW ist der „Sport durch das Land und die Gemeinden zu pflegen und zu fördern“.

Diesem Grundsatz folgt die Stadt Bergisch Gladbach seit Jahrzehnten und stellt u.a. die entsprechenden Einrichtungen (Sport- und Turnhallen, Gymnastikhallen, Stadion mit Leichtathletikanlagen, Fußballplätze mit teilweise Leichtathletikanlagen, Bolzplätze)

für den Schul- und Vereinssport unentgeltlich zur Verfügung. Dies umfasst sowohl die Finanzierung und den Neubau neuer notwendiger Sportanlagen als auch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und Sanierung bestehender Sportstätten.

Letztmalig wurde dieses umfassende Engagement für den Sport in unserer Stadt auch in dem abgeschlossenen „Pakt für den Sport in Bergisch Gladbach“ vom 06.05.2014 dokumentiert. Dort wurde festgeschrieben, dass sowohl die Stadt Bergisch Gladbach als auch der Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V. dafür eintreten, dass die Bürgerinnen und Bürger Sport in vertretbarer Entfernung, zu sozialverträglichen Bedingungen und in attraktiven, funktionsgerechten Sportstätten betreiben können.

1. Umbau vorhandener Sportplätze in Kunststoffrasenplätze:

Im letzten Jahrzehnt wurde aus den hiesigen Sportvereinen immer wieder der Ruf nach dem Umbau der vorhandenen Tennenplätze in moderne Kunstrasenplätze laut. Die Stadt Bergisch Gladbach sieht die Notwendigkeit nach Sportplätzen mit einem zeitgerechten Belag für die klassischen Außensportarten; dies insbesondere auch im Vergleich zu den Kommunen im Umkreis. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt (HSK seit 2003) konnte der Umbau der Tennenplätze in moderne Kunstrasenplätze jedoch durch die Stadt nicht finanziert werden.

Mit mehreren Vereinen wurden **Nutzungsüberlassungsverträge** geschlossen. Hierin wurde festgeschrieben, dass die Vereine

- den Umbau der Sportplätze in Kunststoffrasenplätze entweder vollkommen (3 Sportplätze),
- bei kieselrotkontaminierten Plätzen, auf denen sowieso nach Entsorgung des alten Tennenbelages eine neue Oberfläche aufgebaut werden musste, zum Teil den Kunststoffrasen (3 Sportplätze) oder
- im Rahmen der Möglichkeiten des Konjunkturpakets II ebenfalls die neue Kunststoffrasenoberfläche (1 Sportplatz)

finanzieren und gleichzeitig die Sportanlage nach Umbau in Eigenregie betreiben, unterhalten und bewirtschaften.

Durch diese Bereitschaft der Vereine konnten sowohl neue und moderne Kunststoffrasensportplätze entstehen als auch eine erhebliche finanzielle Entlastung der Stadt Bergisch Gladbach als Eigentümer der Sportplätze erzielt werden (u.a. Wegfall von Sanierungskosten, anteilige Personalkosteneinsparungen etc.). Dies mit einem im jeweiligen Nutzungsüberlassungsvertrag verbrieften Recht zur Nutzung der Kunststoffrasenplätze durch die umliegenden Schulen für Zwecke des Schulsports während der Schulzeiten.

Die Vereine erhalten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Sportplätze jeweils einen jährlichen Betriebskostenzuschuss; kalkuliert auf der Basis der Kosten, die der Stadt für den Betrieb der jeweiligen Sportanlage entstanden wären.

Für den ersten Umbau eines Sportplatzes mit Tennenbelag in einen Kunststoffrasensportplatz fallen Umbaukosten zwischen 350.000 und 500.000 € an. Die Kosten sind aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten (Größe, Lage, vorhandene Drainage, Flutlichtanlage etc.) jeweils unterschiedlich. Diese Kosten wurden bzw. werden bei allen weiteren geplanten neuen Umbaumaßnahmen entweder in Gänze oder zu einem großen Teil durch die Vereine getragen. Dies bedeutet für jeden einzelnen Verein eine erhebliche finanzielle Belastung, die durch den Verein bzw. durch seine Mitglieder für einen langen Zeitraum getragen werden muss.

2. Sanierungskosten (Erneuerung der Kunststoffrasenbeläge):

Erfahrungsgemäß verändern sich die Kunststoffrasenbeläge durch die Nutzung oder durch Alterungsprozesse. Nach gegenwärtigen Erkenntnissen wird davon ausgegangen, dass je nach Intensität der Nutzung, der tatsächlich durchgeführten regelmäßigen Pflege oder auch nach Belagstyp eine Lebensdauer der Kunststoffrasenoberfläche von ca. 13 Jahren erreicht werden kann. Nach Ablauf dieser Zeit werden oftmals eine oder mehrere sport-/schutzfunktionelle und materialtechnische Anforderungen nicht mehr erfüllt. Dies auch dann, wenn die Beläge noch genutzt werden. Im Rahmen einer Sanierung ist „nur“ der obere Kunststoffrasenbelag mit der Verfüllung (Quarzsand und Granulatverfüllung) auszutauschen. Der weitere Unterbau (Drainage, Tragschicht ohne Bindemittel, gebundene Tragschicht und Elastikschicht) ist regelmäßig bis auf kleinere Reparaturen weiter nutzbar. Bei einem Austausch der Kunststoffrasenbeläge mit der Verfüllung ist, nach vorliegenden Kostenermittlungen von zwei verschiedenen Herstellern, zum heutigen Zeitpunkt mit Kosten von ca. 220.000 € bis 280.000 € (je nach Größe der Sportfläche) zu rechnen. Die Notwendigkeit zum Austausch der Kunststoffrasenoberfläche nach einem gewissen Zeitraum ist den Vereinen mit bereits vorhandenen Kunststoffrasenplätzen natürlich bekannt und ist auch den Vereinen bekannt, die in den nächsten Jahren einen Tennisplatz in einen Kunststoffrasenplatz umwandeln wollen.

3. Fortentwicklung des Trägermodells:

Da die Vereine jeweils schon einen großen Teil bzw. auch teilweise die gesamten Umbaukosten von Tennensportplätzen in Kunststoffrasensportplätze getragen haben und diese Beträge über abgeschlossene Darlehen die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Vereine doch sehr stark belasten, erscheint es der Verwaltung nicht mehr möglich und verträglich, auch diese Sanierungskosten wiederum in Gänze den Vereinen aufzuerlegen.

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben zur Förderung und zur Pflege des Sports ist grundsätzlich die Kommune sowohl für die Erstellung als auch für die Sanierung von Sportplätzen zuständig. Unter Berücksichtigung der erheblichen Einsparungen, die das Engagement der Sportvereine bei der Kunststoffrasenplatzerstellung für die Stadt bedeutet hat bzw. bei einigen Sportplätzen noch bedeuten wird, erscheint es nicht sinnvoll und möglich, die Vereine nach einer langen Nutzungsdauer auch wieder mit den gesamten Sanierungskosten zu belasten bzw. den Heimfall der Plätze in die direkte städtische Verantwortung zu „riskieren“. Von daher erscheint es angemessen, auch für die Sanierung gedanklich ein Trägermodell fortzuschreiben.

Vorgeschlagen wird eine **anteilige finanzielle Belastung von Stadt und Trägerverein** wie folgt:

Die Stadt beteiligt sich an den Sanierungskosten nur, wenn angelehnt an die momentan bekannte durchschnittliche Haltbarkeit eines Kunststoffrasenplatzes eine Nutzungsdauer von mindestens 11 Jahren erreicht wurde.

Nach folgendem Modell soll eine Beteiligung der Stadt an den tatsächlichen Kosten des Austauschs der Kunststoffrasenoberfläche erfolgen:

- nach einer Nutzungsdauer bis zu 12 Jahren mit 50 % der entstehenden Kosten
- nach einer Nutzungsdauer von mind. 13 Jahren mit 55 % der entstehenden Kosten
- nach einer Nutzungsdauer von mind. 14 Jahren mit 60 % der entstehenden Kosten
- nach einer Nutzungsdauer von mind. 15 Jahren mit 65 % der entstehenden Kosten
- nach einer Nutzungsdauer ab 16 Jahren mit 70 % der entstehenden Kosten

Durch die zeitliche Staffelung der Zuschüsse zu den Sanierungskosten wird den Vereinen jeweils ein, auch finanzieller, Anreiz unterbreitet, die vereinsmäßig genutzte Kunststoffrasenoberfläche besonders zu pflegen, die Nutzungen zwar bedarfsgerecht, aber auch der Platzqualität entsprechend, zu planen und möglichst eine lange Nutzungsdauer zu erreichen. Durch diese Beteiligung der Stadt wird den Vereinen ein großer Teil ihrer Sorgen in Bezug

auf die Nutzungsdauer und die dann entstehenden Kosten bei der Sanierung der Kunststoffrasenoberfläche mit Verfüllung genommen.

Da es jedem der Vereine jedoch bei Vertragsschluss bekannt war, dass nach spätestens ca. 13 Jahren eine Sanierung vorzunehmen ist und die Vereine im Rahmen des Nutzungsüberlassungsvertrages über die gesamte Sportfläche (mit Einschränkungen für den Schulsport) frei verfügen können, erscheint eine gewisse Beteiligung der Vereine an den Sanierungskosten als angemessen.

Die Vereine wurden bereits bei Vertragsabschluss der Nutzungsüberlassungsverträge über die Notwendigkeit zur Bildung von Rückstellungen/Rücklagen für Zwecke der Sanierung informiert.

4. Finanzielle Auswirkungen:

Derzeit sind 6 Kunststoffrasenplätze mit Nutzungsüberlassungsverträgen in Vereinsträgerschaft. Zwei weitere Vereine streben wahrscheinlich im Jahr 2018 einen Umbau von Tenne in Kunststoffrasen an. Bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 14 Jahren und einem Kostenvolumen von durchschnittlich ca. 250.000 € bei Erneuerung der Oberfläche ergibt sich bei einem angenommenen 60%igen Zuschuss der Stadt eine Kostenbeteiligung durch die Stadt in Höhe von ca. 1,2 Mio. € in den nächsten Jahren bis zum Jahr 2032.

Mit den betroffenen Vereinen (entweder bereits jetzt mit Kunstrasen auf dem jeweiligen Sportplatz ausgestattet oder es ist geplant, einen Tennenplatz in einen Kunstrasenplatz umzuwandeln) und dem Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V. wurde am 22.08.17 ein Gesprächstermin zu diesem Thema durchgeführt. Es gab von allen betroffenen Vereinen grundsätzlich positive Signale zu der Verfahrensweise; insbesondere wurde die damit einhergehende einheitliche Beteiligung der Stadt an den erheblichen Kosten für eine Sanierung der Kunstrasenplätze sowie das fair geregelte Verfahren begrüßt.

Die prozentuale finanzielle Beteiligung an den tatsächlichen Sanierungskosten ist jeweils für das Jahr der geplanten Maßnahme im Haushalt zu veranschlagen. Die jetzt getroffene strategische Entscheidung zur grundsätzlichen Beteiligung an den Kosten dient hauptsächlich der Absicherung der Vereine hinsichtlich ihrer finanziellen Belastung.